

Ethischer Irrweg

Warnungen des Kölner Kardinals Joseph Höffner vor der Kernenergie werten die Christdemokraten als Bestätigung ihrer Atompolitik.

Die Worte des Kardinals machte Helmut Kohl zur Kanzlersache. Joseph Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, liege mit seinem moraltheologischen Urteil gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie exakt auf Regierungslinie, erklärte der Kanzler am Montagmorgen in der „kleinen Lage“ seinen engsten Mitarbeitern.

Die waren verdutzt. Immerhin hatte das Interview des Kirchenfürsten zum Abschluß des Katholikentages Schlagzeilen produziert, die das Gegenteil glauben machten. Beispiel: „Kardinal: Nein zur Kernkraft“ (Kölner „Express“).

Doch brav gingen die Kanzlerhelfer hinaus in alle Welt und verkündeten die Botschaft ihres Herrn. Pressesprecher Friedhelm Ost: „Wenn Sie das ganz genau mit dem energiepolitischen Kurs der Bundesregierung vergleichen, werden Sie feststellen, daß eben die Aussagen vom Kardinal Höffner genau dem energiepolitischen Kurs der Bundesregierung entsprechen.“

Auch Reaktorsicherheitsminister Walter Wallmann war sich völlig einig mit seinem Kardinal. „Ich habe das so verstanden“, lautete seine Exegese, „daß wir aussteigen, sobald wir können.“ Das sei auch seine Meinung, allerdings: „Wir können nicht aussteigen.“

Nur Franz Josef Strauß in München verletzte die Bonner Sprachregelung. Seine Eminenz, so der fromme Bayer anfangs der Woche, habe keine Ahnung, wovon er rede. Die Bemerkungen zur Kernenergie seien deshalb auch nicht weiter wichtig.

Daß ausgerechnet der Oberhirte aus Köln den gerade beginnenden Wahlkampf anheizt, indem er bei seinen Schäfchen, treuen Unionswählern zu meist, Zweifel an der allein-wärmenden Kraft des Atoms weckt, hatten Kohl und Strauß nicht erwartet. Entsprechend chaotisch fielen die Bemühungen des Kanzlers und seines widerwilligen Münchner Mitstreiters aus, die schädlichen Auswirkungen der christlichen Worte zu begrenzen.

Die direkte Tour wählten Kohl und sein Minister Wallmann, indem sie den Kardinal für sich vereinnahmten. Doch das läßt sich nicht durchhalten – besonders dann nicht, wenn man, wie Ost fordert, Höffners Antworten genau liest. Ein Mitarbeiter des Oberhirten: „Es gibt qualitative Unterschiede, die durch einen Harmonisierungsversuch nicht wegzuwischen sind.“

Im Gespräch mit Radio Luxemburg hatte Joseph Höffner die Position der

Klein, leicht und intelligent... Swissphone Eurosignal «plus»

Blumen vom Chef für die Sekretärin Gaby Seifert, weil sie auch dann einen kühlen Kopf bewahrt, wenn ihr Chef oder Mitarbeiter unterwegs ist und dringend gebraucht wird. Wo er sich z. Z. auch befindet, sie weiss genau, wie sie ihn jederzeit und überall erreichen kann. Ihr kleines «Geheimnis» wiegt dabei nur 152 g, ist kaum grösser als eine Kreditkarte und heisst Swissphone Eurosignal «plus». — Die sichere Verbindung für unterwegs.

Mit dem Swissphone Eurosignal «plus» hält Gaby Seifert «ihre Männer sicher an der langen Leine»...



Swissphone Eurosignal «plus» die sichere Art immer erreichbar zu bleiben.

Lassen Sie sich über den Swissphone Eurosignal «plus» näher informieren.

Swissphone
Telecommunications GmbH
7800 Freiburg i.B.
Tullastrasse 72
Tel. 0761-55012

Den neuen Katalog bestellen

NOCH
SCHNELLER
TAG UND
NACHT
TELEFON-
SERVICE

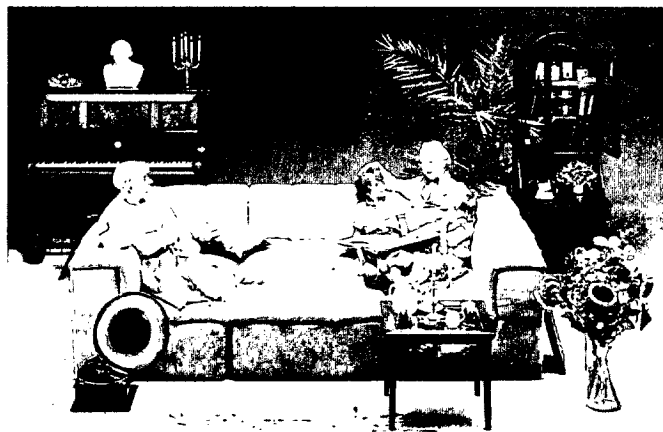


040/

31

42

42



Wenn Sie sich mit unserem neuen QUATRO-Katalog auseinandergesetzt haben, stellen Sie alle anderen Polstermöbel in Frage.

QUATRO KONZEPT

Design Dieter Lübke

3 Sessel, 2 Ecken, 1 Hocker mit variabler Anordnung. Abnehmbare Bezüge nach Wahl, erstklassige Bezugstoffe. Hochwertige Schaumstoffe mit 5 Jahren Garantie.
1 Element 90 x 90 cm.
Kompakt 180 x 270 cm.

Preis schon für DM 2.925,-

Fordern Sie den neuen QUATRO-Farbkatalog incl. Quellennachweis an! Auf 20 Seiten stellt Ihnen Dieter Lübke sein Wohnkonzept vor. Ihre Katalog-Bestellung wird innerhalb von 24 Stunden erledigt.

Werkstätten Dieter Lübke
Große Elbstraße 39/a
2000 Hamburg 50



Atom-Befürworter Strauß
„Nur eine Episode“

deutschen Bischöfe zur Kernenergie erläutert, wie er sie schon im September 1980, lange vor Tschernobyl, in einem Vortrag in Fulda festgelegt hatte.

Darin heißt es: Die „von einer entfestelten Atomenergie ausgehenden Gefahren“ seien „wegen ihrer Schrecklichkeit und wegen ihrer viele Generationen schädigenden Auswirkungen von qualitativ besonderer Art“. Voraussetzung für ihre Nutzung sei deshalb, „daß mit Sicherheit Explosionen, Strahlenschäden und sonstige Katastrophen ausgeschlossen sind“.

Was mit dem Begriff „Sicherheit“ gemeint ist, erläuterte Höffner im Radio. Er habe von Atomwissenschaftlern verlangt: „Sie müssen absolute Sicherheit haben, denn Wahrscheinlichkeit genügt nicht.“ Die Experten hätten ihm darauf gesagt, sie könnten „999,9 Sicherheit“ erreichen. Darauf der Kardinal: „Wenn Sie mir das so sagen, dann gebe ich Ihnen zu überlegen, daß die Atomenergie die allergefährlichste ist.“

Die zwingende Schlußfolgerung überließ Höffner den Hörern: Da absolute Sicherheit nuklearer Großtechnik nicht möglich ist, muß die Nutzung der Kernenergie aus ethischer Sicht als Irrweg betrachtet werden, den es schleunigst zu verlassen gilt.

Genau das aber ist die Meinung der Bundesregierung nicht. Kohl und sein Wallmann halten das unvermeidbare „Restrisiko“, mit dem Höffner nicht leben mag, für verantwortbar.

Der Gegensatz zwischen Kirche und Regierung wird auch im „Energiebericht“ des FDP-Wirtschaftsministers Martin Bangemann offenkundig, den das Kabinett in dieser Woche verabschiedet. Im Absatz „Gründe für die weitere Nutzung der Kernenergie“ wird beschrieben, warum die Atomspaltung nicht gestoppt werden darf: weil die Umwelt vor den Kohlekraftwerken geschützt werden

und die deutsche Wirtschaft flexibel bleiben muß; weil die nicht erneuerbaren Ressourcen geschont, die Unternehmen vor hohen Energiekosten bewahrt und die Länder der Dritten Welt mit billigem Strom versorgt werden müssen.

Diese Argumente hatte der Moral-Theologe Höffner schon in seiner Fuldaer Rede von 1980 beiseite geschoben. Der Einwand, der Verzicht auf Kernkraftwerke führe zu schweren politischen, sozialen und gesellschaftlichen Schäden, sei zwar ernst zu nehmen, aber „letztlich nicht entscheidend“. Höffner: „Genetische und sonstige Schädigungen der jetzt lebenden Menschen und späterer Generationen dürfen nicht aus noch so dringlichen Nützlichkeitsabwägungen in Kauf genommen werden.“

Von Nützlichkeitsabwägungen, wenn auch politischer Art, ließ sich dagegen

der Verzicht auf Kernenergie sei keineswegs moralisch geboten, sondern im Gegenteil geradezu verwerflich. Kohls Herold: „Wir als reiche Industrienation können uns den Ausstieg aus der Kernenergie finanziell notfalls leisten, moralisch können wir es nicht.“ Denn dann würde die Dritte Welt im Kampf um die Energie „ins Abseits“ gedrängt.

Diese Argumentation ist seit dem öffentlichkeitswirksamen Auftritt Höffners erheblich schwieriger geworden. Zusätzlich aber erregt sie inzwischen auch beim Koalitionspartner Unmut. Die FDP steht keineswegs geschlossen und in Treue fest im Atomlager.

Spitzenpolitiker der Liberalen registrierten in der vergangenen Woche, die Mehrheit ihrer Gefolgsleute neige eher zum Energiekurs der Sozis als dem der Union. Damit eröffne sich neben der



Atom-Kritiker Kardinal Höffner: „Wahrscheinlichkeit genügt nicht“

wohl Kohl leiten – und ebenso sein Münchner Widersacher. Höffner hat sich, anders als Strauß behauptet, nicht angemaßt, „naturwissenschaftliche und kerntechnische Probleme“ zu beurteilen. Er hat nur seine Voraussetzung für die Nutzung der Kernenergie genannt: absolute Sicherheit. Und er mußte wohl wissen, daß Höffner damit „von der modernsten Technik eine Leistung verlangt, die sie nicht erbringen kann“.

Kohl und sein Wallmann reagierten deshalb so aufgeregt auf die Funk-Predigt, weil der Kirchenmann dem Kanzler und seinem Umweltminister ein ausgeklügeltes Konzept zerstört. Walter Wallmann ist angetreten, eine Frontstellung zwischen „anständigen Kernkraftgebern“ und „unanständigen Kernkraftbefürwortern“ (Wallmann) zum Nutzen der Koalition zu verhindern.

Um dieses Ziel zu erreichen, predigt Wallmann seit Monaten unermüdlich,

Außenpolitik und der inneren Sicherheit bereits ein drittes Feld von wachsenden Gemeinsamkeiten mit dem politischen Gegner. Ein Genscher-Vertrauter: „Die Union jagt uns an die Seite der SPD.“

Doch in den nächsten Wochen werden auch die Liberalen ihre Energiepolitik überdenken müssen. Ihr Vorsitzender Bangemann verteidigt – ganz im Sinne des Kanzlers – in seinem Energiebericht vehement Wiederaufarbeitung in Wackersdorf und den Schnellen Brüder von Kalkar.

Auf ihrem Nach-Tschernobyl-Parteitag Ende Mai in Hannover hatten die Liberalen dagegen beschlossen, beide Projekte, Symbol für den Marsch in den Atomstaat, kritisch zu überprüfen.

Mit dem Umdenken begonnen hat schon Franz Josef Strauß. Ende letzter Woche nannte er die Kernenergie „nur eine Episode in der Weltgeschichte der Energieversorgung“.